

An die
Präsidentin des Nationalrates
Frau Mag^a. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIII. GP.-NR

991/AB

10. Aug. 2007

zu 1026/J

Dampfschiffstraße 2
A-1031 Wien
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71 - 8455
Fax +43 (1) 714 48 71
praes@rechnungshof.gv.at

Wien, 7. August 2007

GZ 830.000/072-S5-1/07

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Abgeordneten zum Nationalrat Theresia Haidlmayr, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. Juni 2007 unter der Zl. 1026/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Etappenplan Bundesbauten" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Der Rechnungshof legt großen Wert darauf, dass alle Menschen im Rechnungshof eine Ansprechstelle finden und für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende barrierefreie Einrichtungen zur Verfügung stehen. So wird auch die Beschäftigungspflicht nach dem Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969 über die Einstellung und Beschäftigung Behinderter (Behinderteneinstellungsgesetz - BEinstG) im Jahr 2007 mit fünf zusätzlichen Personen übererfüllt. Aus diesem Grund wird bei baulichen Maßnahmen auf eine behindertengerechte Ausstattung besonders geachtet (gekennzeichneter Behindertenparkplatz, eine ausgeschilderte Behindertentoilette, ein behindertengerechter Klingeltaster beim Eingang zum Rechnungshof-Gebäude etc.). Durch die Sicherheitsanweisungen und sonstigen organisatorischen Vorkehrungen im Haus habe ich weiters sichergestellt, dass auf die Sicherheit von Behinderten schon derzeit auch im Räumungsfall größtes Augenmerk gelegt wird.

Das vom Rechnungshof genutzte Amtsgebäude wird beginnend mit Winter 2007 umfassend renoviert. Im Zuge des Umbaus sind weitere maßgebliche Verbesserungen zur Sicherung der Barrierefreiheit geplant, die mit der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation abgestimmt werden. Dieses Maßnahmenpaket wird der Rechnungshof gerne dem Parlament zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Moser

